

Positionspapier DIE LINKE. Baden-Württemberg: Bildung in Zeiten von Corona

Chancengerechte Bildung für alle wahren

Die Corona-Pandemie zeigt, wie ungerecht die Bildungschancen in Deutschland verteilt sind. Familien – insbesondere sozial Benachteiligte – sind die Hauptleidtragenden dieser Krise. Corona hat die bestehenden sozialen Unterschiede weiter verschärft, das zeigt sich auch beim Homeschooling. Kinder aus Bildungshaushalten und mit entsprechender finanzieller und technischer Ausstattung haben hier ganz andere Möglichkeiten als Kinder aus ärmeren Haushalten. Verschärft hat sich die Situation insbesondere für Kinder aus gewaltbelasteten Haushalten, für die der Rückzugsraum Bildungseinrichtung wegfiel. Während Rettungsschirme in Milliardenhöhe für die Wirtschaft aufgespannt wurden, kamen der Schutz für Familien und das Recht auf Bildung zu kurz.

Die Kita- und Schulschließungen zu Beginn der Pandemie waren richtig. Jetzt gilt es aber, endlich Klarheit für die Familien zu schaffen. Eltern müssen entlastet werden. Zur finanziellen Unterstützung schlagen wir ein Corona-Elterngeld und eine Aufstockung der Grundsicherung um 200 Euro vor. Die chancengerechte Bildung von Anfang an muss für alle Kinder und Jugendliche gewahrt werden.

Während die Kultusminister*innen zu Beginn zur Bewältigung der Krise an einem gemeinsamen Strang zogen, zeichnete sich nach und nach der föderale „Flickenteppich“ ab. Die Eltern wurden währenddessen mit ihrer Situation allein gelassen. Die baden-württembergische Kultusministerin und CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann trug mit unausgegorenen "Plänen" dazu bei, dass derweil die Bildungsungerechtigkeit weiter verschärft wurde. Wir erwarten ab jetzt eine rechtzeitige Einbindung und Mitbestimmung der Schüler*innen- und Elternvertretungen in die Maßnahmenplanung und -evaluation. Damit ein reguläres Schuljahr 2020/21 gewährleistet wird, fordern wir die Einbeziehung der Gesundheitsämter und zeitnahe Tests für die Lehrkräfte und Schüler*innen.

Kinderrechte schützen

Kinder leiden unter der eingeschränkten sozialen Kontaktaufnahme besonders. Durch die Schließung der Kinderbetreuungseinrichtungen und die eingeschränkte Notbetreuung wurden viele Eltern vor eine Herausforderung gestellt. Da Kinderbetreuung immer noch eine Frage der Geschlechter(un)gerechtigkeit ist, ging und geht dies zulasten der Frauen. Sie leisten noch immer täglich 1,5 Stunden mehr unbezahlte Care-Arbeit als Männer.

Home-Schooling, Erwerbs-, Sorge- und Hausarbeit - gerade für Frauen bedeutet die jetzige Situation eine intensive Mehrfachbelastung. Wir begrüßen daher die vollständige Kita-Öffnung, die bis Anfang Juli erfolgen soll. Die Öffnung der Schulen und Kitas darf dabei aber nicht auf Kosten des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten geschehen. Wir erwarten von der Landesregierung zur Unterstützung der Kita-Träger deswegen ein klares Umsetzungskonzept. Wir fordern, dass die Kinder in festen Kleingruppen betreut werden, zwischen denen ein Kontaktverbot gelten sollte. Hierfür braucht es aber genügend Erzieher*innen. Umso absurder ist der Vorschlag, dass der Mindestpersonalschlüssel in Kitas gesenkt werden solle. Diese wirtschaftlich motivierte Maßnahme würde lediglich zu einer zunehmenden Arbeitsverdichtung der Beschäftigten führen. Als LINKE setzen wir uns hingegen schon lange für mehr Personal mit besseren Arbeitsbedingungen ein. Die Landesregierung stellte ein Soforthilfe-Paket für die Kommunen für die Erstattung von Elternbeiträgen und Gebühren bereit. Wir finden: Es ist Zeit, dass Kita-Gebühren komplett abgeschafft werden! #gebührenfreieKita

Kreativ, digital und sicher den Schulalltag meistern

Es ist gut, dass nicht nur die Kita, sondern auch die Grundschulen vollständig geöffnet werden. Das zudem vorgesehene durchgehende Unterrichtssystem für die Jahrgangsstufen, die in diesem oder darauffolgenden Jahr vor einem Abschluss stehen, begrüßen wir. Es ist wichtig, dass zusätzlich alle anderen Jahrgangsstufen wieder in die Schule gehen können und Familien durch das rollierende Wechselsystem entlastet werden. Es muss eine verlässliche Unterrichtszeit gewährleistet werden, die die Wiederaufnahme der Berufstätigkeit der Eltern ermöglicht. Hierfür bedarf es eines klaren Umsetzungskonzeptes. Schülerinnen und Schüler müssen in festen Klassengruppen und -räumen unterrichtet werden, der Hygieneschutz muss gewährleistet werden! Dies gilt auch für den Schüler*innen-Transport.

In dieser Krisenzeit und danach muss gelten: Solidarität statt Konkurrenz! Dass Leistungen, die im Fernunterricht erbracht werden, nicht benotet werden, ist begrüßenswert. Die Verantwortung für Entscheidungen bezüglich Prüfungen, Klausuren oder Leistungsnachweisen wird den Lehrkräften aufgebürdet und daher uneinheitlich gehandhabt. Aufgrund der unklaren Anweisungen und Formulierungen des Kultusministeriums herrscht bei Lehrkräften, Schüler*innen und Eltern große Verunsicherung. Dem muss durch rechtzeitige und eindeutige Vorgaben ein Ende bereitet werden! Gleiches gilt für den Bereich der Lernmittel.

Die Krise verdeutlicht, dass die Digitalisierung auch in der Bildung verschlafen wurde. Das Chaos an unterschiedlichen Kommunikationsplattformen für den Fernunterricht muss beendet werden. Wir fordern eine landesweite sichere Online-Plattform und dienstliche Mail-Adressen für die Lehrkräfte. Es muss sichergestellt werden, dass niemand benachteiligt wird. Leider sieht die Realität anders aus: Nicht alle Haushalte sind ein gut ausgestatteter digitaler Lernort. Als LINKE fordern wir, dass allen Schüler*innen eine ausreichende digitale Ausstattung zur Verfügung steht. Digitale Endgeräte sind heute, wie die Krise zeigt, wichtige Lernmittel und müssen im Rahmen der verfassungsmäßigen Lernmittelfreiheit zur Verfügung gestellt werden. Die Lernmittelverordnung muss entsprechend angepasst werden. Zur Finanzierung können Mittel aus dem DigitalPakt Schule verwendet werden. Es braucht außerdem einen flächendeckenden Breitbandausbau. Die Nutzung digitaler Lernmittel muss umfassend pädagogisch und mit einem Best-Practice-Austausch begleitet werden. Das setzt eine verbindliche medienpädagogische Aus- und Fortbildung für die Lehrkräfte voraus.

Spätestens jetzt ist klar: Der Lehrkräftemangel muss ein Ende haben! Wir schließen uns der Forderung der Gewerkschaften an, dass deutlich mehr Lehrkräfte als Reserve eingeplant werden müssen. Angesichts der Corona-Pandemie sollte eine "Vertretungsreserve" von 5 Prozent ab dem kommenden Schuljahr die Untergrenze sein. Pädagogische Assistenzkräfte wie zum Beispiel Lehramtsstudierende, müssen entsprechend dem Anteil an Lehrkräften eingesetzt werden, die Risikogruppen angehören. Eine angemessene Bezahlung setzen wir voraus. Anstelle von gegenseitiger Abwerbung zwischen den Bundesländern muss Baden-Württemberg den derzeitigen und zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern gute Arbeitsbedingungen, eine gleiche Besoldung und unbefristete Beschäftigung ermöglichen. Da die Mehrheit der baden-württembergischen Lehrkräfte Frauen sind, ist dies auch eine Frage der Gender-Gerechtigkeit. In jeder Schulart sollen zusätzlich feste Schulsozialarbeiter*innen, Integrations- sowie Inklusionsfachkräfte bedarfsgerecht den Schulalltag unterstützen.

Nutzen wir die Krise, um unser Bildungssystem digitaler, inklusiver und kreativer zu gestalten.

*Stand: 24. Juni 2020, Verfasser*innen: LAG Bildung und Landesvorstand DIE LINKE. Baden-Württemberg*